



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 14.10.2016

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 12.09.2016, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16 F 43

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Dr. Günter Bell

Vorsitzender/Beigeordneter
stellvertretender Vorsitzender/Behindertenbeauftragter

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Beck	AWO Kreisverband Köln e. V.
Frau Gisela Grüßer	StadtAG Behindertenpolitik
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Paul Intveen	Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.
Frau Yvonne Oertel	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Barbara Röttger- Schulz	Polio Stammtisch
Herr Wolfgang Schaefer	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Sigrid Schmitz	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Herr Thorsten Steinbach	IncluCity Cologne

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Thermann AWO Kreisverband Köln e. V.

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Ludwig Eierhoff	AfD
Herr Helmuth Krämer	DIE LINKE
Herr Manfred Waddey	GRÜNE
Herr Thomas Welter	CDU

Frau Katja Hoyer

FDP

Ständige Gäste

Herr Ulf Bohndorf

KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG

Herr Frank Gassen-Wendler

KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG

Herr Thomas Peters

LVR- Landschaftsverband Rheinland, Integrationsamt

Verwaltung

Herr Dr. Lothar Becker

Amt der Oberbürgermeisterin

Frau Sabine Brinkmann

Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften/Amt für Wirtschaftsförderung

Frau Charlotte Dahlheim

Gesundheitsamt

Frau Tanja Daniels

Amt für Personal, Organisation und Innovation

Frau Simone Ehinger

Diversity/Fachstelle Behindertenpolitik

Herr Ulrich Horn

Stadtplanungsamt

Frau Ricarda Mauksch

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Herr Marc Overmann

Amt für Schulentwicklung

Frau Nina Rehberg

Diversity

Herr Ronny Sämann

Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Herr Sören Schilling

Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Herr Andreas Schwarz

Diversity/Fachstelle Behindertenpolitik

Frau Elisabeth Uhlig-Fasbender

VHS - Volkshochschule

Herr Christoph Velten

Kämmerei

Herr Achim Woltmann

Amt für Soziales und Senioren

Herr Stephan Zielinski

Bauaufsichtsamt

Gäste

Frau Goller

IFD - Integrationsfachdienst für Menschen mit einer körperlichen und geistigen Behinderung

Herr Bernhard Goltsche

KoKoBe Longerich

Herr Patrick Huber-Flotho

Colonia Grundvermögen GmbH

Frau Kerstin Kinnen

KoKoBe Südstadt und Assistentin von Herrn Steinbach

Frau Stefanie Overbeck

Lebenshilfe Köln e. V.

Herr Thomas Wydra

Sozialraumkoordination Bickendorf/Westend/Ossendorf - outback stiftung

Schriftführerin

Frau Angela Edith Thiemann

Diversity/Fachstelle Behindertenpolitik/Geschäftsführung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Presse

Zuschauer

Herr Dr. Bell begrüßt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Gäste. Er entschuldigt Herrn Dr. Rau, der sich aufgrund Terminüberschneidungen wenige Minuten verspäten und die Sitzung gegen 16.00 Uhr verlassen wird.

Die Einladung wurde am 02.09.2016 im Internet veröffentlicht; die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden am gleichen Tag darüber per E-Mail informiert. Nach Veröffentlichung der Einladung wurde folgende Tagesordnungspunkte angemeldet und wie folgt in die Tagesordnung eingefügt:

- 4.1 Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung
2779/2016
- 5.1.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Hier: Sachstandsbericht
2919/2016
- 5.3 Einbindung der Behindertenverbände in Planungsvorhaben
1384/2016
- 8.6 Erhöhung der Mobilitätshilfe
2466/2016
- 8.7 Sanierung Brücken;
Beschlussempfehlung TOP 8.4 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.03.2016
1752/2016

Darüber hinaus wurden Unterlagen und Anträge etc. zu folgenden Tagesordnungspunkten veröffentlicht

- 2.1 Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung
hier: Beratungsstellen für Menschen mit Lernschwierigkeiten
- 8.2 Städtebauliche Entwicklung Deutzer Hafen
hier: Antrag der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen
- 8.4.1 Rotes Haus
hier: Antrag der Behindertenorganisationen und-selbsthilfegruppen
- 8.6 Erhöhung der Mobilitätshilfe
2466/2016

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung genehmigt.

Im Anschluss daran begrüßt Herr Dr. Bell Herrn Dr. Rau als Vorsitzenden der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Namen aller Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Herr Dr. Rau begrüßt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Gäste und stellt dar, dass ein sehr großes Ziel erreicht ist, wenn die Gesellschaft inklusiv ist. In der inklusiven Gesellschaft erfahren alle den Mehrwert der Verschiedenartigkeit. Integration bedeutet, dass es Menschen gibt, die anders sind und in

die Gesellschaft einfügt werden müssen. Dagegen bedeutet Inklusion, dass alle Menschen eine Gesellschaft ergeben. Obwohl sein Dezernat „Dezernat Soziales, Integration und Umwelt“ heißt, möchte er aus diesem Grunde das Wort „Integration“ vermeiden. Der Weg bis die Gesellschaft vollständig inklusiv ist, ist noch lang und reich an Hürden. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist dabei ein extrem wichtiges Gremium, welches durch seine Mitglieder den Weg zu einem inklusiven Köln mitgestaltet. Köln ist zudem modern und attraktiv.

Herr Dr. Rau sieht Köln als Vorreiter, wie die Gesellschaft sich eine inklusive Gesellschaft vorstellt und für andere Metropolen und Regionen Vorbild sein könnte. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, sind ein intensiver Austausch und eine intensive Zusammenarbeit erforderlich, auf die sich Herr Dr. Rau sehr freut. Daher beabsichtigt Herr Dr. Rau wie seine Vorgängerinnen dem Gremium Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Vorsitzender vorzustehen. Er bittet Herr Dr. Bell die heutige Sitzung zu leiten, damit er das Gremium kennenlernen kann. Ab der nächsten Sitzung wird Herr Dr. Rau dann den Vorsitz übernehmen.

Herr Intveen begrüßt Herrn Dr. Rau im Namen der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und stellt dar, dass die Mitglieder es sehr positiv sehen, dass Herr Beigeordneter Dr. Rau den Vorsitz der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik übernehmen wird. Auch von Seiten der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik besteht Gesprächsbedarf. Die stimmberechtigten Mitglieder, insbesondere die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen, wünschen sich einen regelmäßigen Gesprächstermin, bei dem sich der Beigeordnete und die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen direkt und in kleiner Runde austauschen können.

Herr Dr. Bell stellt Frau Simone Ehinger als neue Mitarbeiterin in der Fachstelle Behindertenpolitik vor. Sie wird für die Großveranstaltungen zum Tag der Menschen mit Behinderung und dem KIB – Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik und für das Thema Frauen und Mädchen mit Behinderung zuständig sein.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**
- 2 Gespräch und Vorträge**
 - 2.1 Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung
hier: Beratungsstellen für Menschen mit Lernschwierigkeiten
- 3 Bericht des Behindertenbeauftragten**
 - 3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2016
2385/2016

4 Diversity

- 4.1 Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung
2779/2016

5 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 5.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
1831/2016
- 5.1.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Hier: Sachstandsbericht
2919/2016
- 5.2 Barrierefreier Zugang zur Domplatte
hier: Sachstandsbericht in der Sitzung am 06.06.2016, TOP 5.3
2332/2016
- 5.3 Einbindung der Behindertenverbände in Planungsvorhaben
1384/2016

6 Mitteilungen

- 6.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht - Bilanz 2012-2015 und Ausblick 2020, 0990/2016 - Ergänzende Forderungen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

7 Anfragen

8 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

- 8.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
0990/2016

Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
hier: Antrag zur Vorlage 0990/2016

- 8.1.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016

- 8.2 Städtebauliche Entwicklung Deutzer Hafen
hier: Antrag der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen
- 8.3 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf)
1614/2016
- 8.4 Rotes Haus
- 8.4.1 Rotes Haus
hier: Antrag der Behindertenorganisationen und-selbsthilfegruppen
- 8.5 Neuorganisation der Tagesordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
- 8.6 Erhöhung der Mobilitätshilfe
2466/2016
- 8.7 Sanierung Brücken;
Beschlussempfehlung TOP 8.4 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.03.2016
1752/2016
- 9 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**
- 10 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung am 06.06.2016 wird ohne Änderungen genehmigt.

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung hier: Beratungsstellen für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Herr Steinbach und Frau Kinnen erläutern einleitend, dass die Menschen mit geistiger Behinderung die Bezeichnung „geistig behindert“ für sich ablehnen. Daher haben sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und alle Organisationen, mit denen zusammengearbeitet wird, darauf geeinigt, generell den von diesem Personenkreis gewünschten Begriff „Menschen mit Lernschwierigkeiten“ zu verwenden. Dies entspricht nicht der Begriffsdefinition des SGB IX. Daher sind alle gebeten, ggf. nachzufragen, welche Personengruppe im Zweifelsfall gemeint ist.

Es tragen vor:, KoKoBe Südstadt - Frau Kerstin Kinnen, KoKoBe Longerich – Herr Bernhard Goltsche, IFD - Integrationsfachdienst für Menschen mit einer körperlichen und geistigen Behinderung - Frau Rike Goller und Lebenshilfe Köln e. V. – Frau Stefanie Overbeck.¹

Auf Nachfrage von Herrn Krämer erläutert Frau Goller, dass die Zuweisung zur Beratung an den IFD als Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben durch Zuweisung durch die Agentur für Arbeit erfolgt und zunächst auf 9 Monate begrenzt ist. Nach 9 Monaten wechselt der Beratungsdienst und kann danach immer wieder neu aufgegriffen werden. Sie bestätigt die Einschätzung von Herrn Krämer, dass die Personalausstattung für diese Beratungen nicht ausreicht und insgesamt Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung fehlen.

Auf die Nachfrage von Frau Hoyer zur Personalausstattung und Finanzierung der Beratung durch die Lebenshilfe teilt Frau Overbeck mit, dass die Lebenshilfe sich überdies durch Spenden und Vereinsmittel finanziert. Da der Beratungsbedarf sehr hoch ist, werden viele Beratungen auch von anderen Bereichen der Lebenshilfe mitübernommen. Zudem gibt es eine Warteliste. Die Wartezeit beträgt zurzeit drei Wochen.

Herr Intveen stellt fest, dass er bei den drei Beratungsstellen eine chronische Unterversorgung mit Geld und Personal gegeben sieht. Die Relation der von den drei Organisationen durchgeführten Beratungen mit den tatsächlich finanzierten Beratungsstellen dokumentiere diesen Mangel eindeutig. Zudem muss der Lebenshilfe e.V. die knappen personellen Ressourcen zur Spendenakquise verwenden, die dann nicht nur bei den Beratungen fehlen.

Herr Steinbach und Frau Kinnen stellen vor, wie sich die Menschen mit Lernschwierigkeiten eine optimale Beratung vorstellen. Diese Beratung soll auch zu Themen angeboten werden, die die drei Kölner Beratungsstellen für Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht abdecken. Beratungsbedarf besteht zum Beispiel zu den Themen

¹ Die Vortragsunterlagen sind im Ratsinformationssystem als Anlage zur Einladung bzw. zur Niederschrift veröffentlicht.

Wohnen und Schulden, aber auch zu vielen anderen Themen. Diese sind in dem Dokument „Beratung in Leichter Sprache“ aufgeführt (siehe Anlage). Der Bedarf ergibt sich, weil immer mehr Menschen mit Lernschwierigkeiten selbstständig in den verschiedensten Wohnformen leben und damit auch mit Alltagsproblemen konfrontiert werden, die in der Vergangenheit so nicht auftraten. Da sich aber die anderen Beratungsstellen im Umgang mit den Menschen mit Lernschwierigkeiten schwer tun, wünschen sich die Menschen mit Lernschwierigkeiten und die drei Beratungsstellen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, dass sich die allgemeinen Beratungsstellen auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten öffnen. Sie wünschen sich zudem eine Vernetzung aller Beratungsstellen, damit eine optimale Beratung möglich ist.

Herr Wydra berichtet aus seiner Tätigkeit als Sozialraumkoordinator, dass so gut wie alle Beratungsstellen unterfinanziert sind. Da die Finanzierung nicht sichergestellt ist, ist es für die meisten Beratungsstellen sehr schwierig sich zu öffnen. Eine Vernetzung der vorhandenen Angebote wäre aber sinnvoll. Er wird daher mit der KoKoBe Longereich Kontakt aufnehmen.

Frau Schmerbach regt an, dass die Verbesserung der Beratungsstruktur und die Vernetzung der Beratungsstellen auch von der Politik aufgegriffen werden sollten.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet den Behindertenbeauftragten darum, die KoKoBe, den IFD und die Lebenshilfe zu einem Gespräch einzuladen.

In dem Gespräch soll gemeinsam überlegt werden, wie die allgemeinen Beratungsstellen Menschen mit Lernschwierigkeiten besser beraten können.

In dem Gespräch soll es auch um das Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik gehen. Das Handlungskonzept ist ein Papier. Darin steht, was für Menschen mit Behinderung in Köln besser werden soll. Auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Zu dem Handlungskonzept gibt es eine 2. Fortschreibung. Das bedeutet, es gibt eine neue Bearbeitung des Handlungskonzeptes.

In dem Gespräch soll auch überlegt werden, wie man das Konzept gut umsetzen kann. Das Gespräch soll Anfang 2017 stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3 Bericht des Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2016 2385/2016

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den vorliegenden Bericht des Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

4 Diversity

4.1 Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung 2779/2016

Auf Nachfrage von Herrn Intveen erläutert Frau Rehberg, dass die beschriebene Stellenzusetzung über das Interkulturelle Maßnahmenprogramm finanziert wird. Sie ist somit für alle Gruppen tätig und bringt daher einen Mehrwert als verbindendes Glied. Mit dem Stellenbesetzungsverfahren kann begonnen werden, sobald der städtische Haushalt beschlossen und genehmigt ist.

Herr Intveen stellt als Fazit für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen fest, dass diese Stellenzusetzung keine Verbesserung in der Ressourcenausstattung der Fachstelle Behindertenpolitik und somit auch keine Verbesserung in der Unterstützung der Interessensvertretung der Menschen mit Behinderung durch die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik darstellt. Die Stellenkürzung bei der Fachstelle Behindertenpolitik ist somit immer noch nicht ausgeglichen.

5 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

5.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen 1831/2016

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.1.1 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen Hier: Sachstandsbericht 2919/2016

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Intveen berichtet ergänzend von dem sehr positiv verlaufenen Gespräch mit der Fachverwaltung. Bei dem Termin wurde das Ratsinformationssystem in der aktualisierten Fassung getestet. Es wurde festgestellt, dass die von der Stadt Köln angebotene App, die sowohl auf das eigene als auch auf das von der Stadt zur Verfügung gestellt Gerät heruntergeladen werden kann, weitgehend barrierearm ist. Es wurde zudem das Angebot ausgesprochen, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen des Amtes der Oberbürgermeisterin bei Anwendungsproblemen unterstützend und beratend zur Verfügung stehen werden. Dies betrifft auch die sachkundigen Einwohner*innen, die Zugang zu den nichtöffentlichen Unterlagen der Fachausschüsse des Rates und der Beiräte benötigen.

Herr Dr. Becker stellt für die Verwaltung fest, dass die Verwaltung sich zum Teil immer noch sehr schwer tut, mit den Betroffenen direkt auseinanderzusetzen. Wenn die Gespräche dann doch stattfinden, ist die Verwaltung immer wieder überrascht, wie positiv das Ergebnis für beide Seiten ausfällt. Dies trifft ganz besonders auf dieses Ge-

sprach zu, denn Herr Intveen konnte der Fachverwaltung Anwendungsmöglichkeiten des Ratsinformationssystems aufzeigen, die bislang sogar dem Systemanbieter nicht bekannt waren. Insofern appelliert er an die Verwaltung, die Gelegenheiten zu nutzen, unmittelbar mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen.

Auch Herr Intveen bestätigt dies im Namen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen: Wenn Gespräche zwischen der Verwaltung und den Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen stattfinden, fühlen sich diese sehr ernst genommen und es werden konstruktive, beide Seiten zufriedenstellende Lösungen auf sehr unkomplizierte Art und Weise gefunden. So stellt sich die gesamte städtische Website mittlerweile als barrierearm und sehr gut nutzbar dar. Er spricht daher seinen Dank an das Amt E-Gouvernement und Online-Dienste und das Büro der Oberbürgermeisterin aus.

5.2 Barrierefreier Zugang zur Domplatte hier: Sachstandsbericht in der Sitzung am 06.06.2016, TOP 5.3 2332/2016

Herr Sämman berichtet ergänzend zur vorliegenden Mitteilung, dass der vereinbarte Ortstermin zwischen dem Vertreter des Domforums, dem Planer und dem Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen aufgrund von Termenschwierigkeiten bislang nicht stattfinden konnte. Der Termin wird frühestens im Oktober 2016 stattfinden.

In Vertretung für die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen bzw. die Menschen mit Mobilitätsbehinderung stellt Herr Intveen fest, dass die Situation im gesamten Bereich der Domumgebung nicht nur für Menschen mit Behinderung unerträglich ist. Es gibt keinen barrierefreien Zugang zur Domplatte; die Umgehung durch das Domgäßchen ist als Angstraum anzusehen und die Auszeichnung des Weges ist denkbar schlecht. Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen appellieren daher an alle Verantwortlichen schnellstmöglich eine alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden und umzusetzen.

5.3 Einbindung der Behindertenverbände in Planungsvorhaben 1384/2016

Herr Dr. Bell berichtet, dass der Vertreter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, der die Federführung für die Beantwortung hat, zur heutigen Sitzung verhindert ist. Daher hat Herr Dr. Bell bereits im Vorfeld der Sitzung das federführende Fachamt daraufhin gewiesen, dass es nicht darum geht, dass die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen an möglichst vielen Projekten beteiligt werden, sondern dass sie es angesichts der Belastung der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen um eine kluge Auswahl der Planungen geht, die mit den Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen gezielt ausführlich abgestimmt werden.

Herr Intveen stellt für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen dar, dass er bei einigen Formulierungen der vorliegenden Mitteilung Bedenken hat. So wird in der Mitteilungsvorlage dargestellt, dass die Verwaltung „anstrebt“ Behindertenverbände einzubeziehen und sie einbezieht, „soweit Fördermittel beantragt werden“. Wie an dem Beispiel der Fahrgastunterstände sichtbar gewor-

den ist, wurden die Behindertenverbände nicht einbezogen, weil hierfür keine Fördermittel beantragt wurden. Die Auswirkungen dieser Entscheidung betrifft aber die gesamte Stadtbevölkerung. Die Vorgaben der Barrierefreiheit wurden bei den Fahrgastunterständen überwiegend nicht berücksichtigt, obwohl es sich um einen erheblichen Eingriff in den öffentlichen Raum handelt. Die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen regen daher an, das Verfahren zu überdenken.

Zudem weist Herr Intveen darauf hin, dass die zugesicherte Nachbesserung der Fahrgastunterstände durch Anbringung von Markierung auf den Seitenscheiben (glasklare, durchsichtige Glasflächen) noch nicht erfolgt ist. Daher ist täglich zu beobachten, dass Menschen gegen diese Seitenscheiben laufen.

Herr Dr. Bell bittet daher das zuständige Fachamt, der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik kurzfristig mitzuteilen, wann die zugesicherte Nachbesserung der Fahrgastunterstände erfolgt.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst ergänzend hierzu folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet das Amt für Brücken und Stadtbahnbau im Rahmen der nächsten Anhörung nach Behindertengleichstellungsgesetz eine einvernehmliche Verabredung herbeizuführen, wann die Behindertenorganisationen über gesetzliche verpflichtende Beteiligungsverfahren hinaus an baulichen Planungen der Stadt Köln beteiligt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6 Mitteilungen

6.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht - Bilanz 2012-2015 und Ausblick 2020, 0990/2016 - Ergänzende Forderungen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Röttger-Schulz berichtet, dass sie im Namen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Fraktionen und Gruppen im Rat am 19.08.2016 angeschrieben hat. Sie hat dabei in ihrem Schreiben insbesondere auf die Forderungen zur politischen Partizipation der Menschen mit Behinderung und zur Stadtentwicklung hingewiesen und gebeten, dass sich die Fraktionen und Gruppen diese Forderungen zu Eigen machen.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

8.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"

**hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
0990/2016**

Die Wiedervorlage der o.a. Vorlage war vorgesehen, damit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Möglichkeit gegeben wird, zu den Beschlüssen der Fachausschüsse des Rates und der Bezirksvertretungen Stellung zu nehmen. Da aber bislang alle Gremien den 2. Folgebericht des Handlungskonzeptes Behindertenpolitik ungeändert beschlossen haben, beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erneut über die Vorlage der Verwaltung wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt den nachfolgenden Gremien wie folgt zu beschließen:

Der Rat begrüßt den 2. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und nimmt diesen zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Prioritäten zu setzen und die Einzelmaßnahmen – soweit erforderlich – den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2021 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und die Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle", 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
hier: Antrag zur Vorlage 0990/2016**

Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik haben zum 2. Folgebericht des Handlungskonzeptes Behindertenpolitik (Vorlage 0990/2016) „Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik“ (Vorlage 2763/2016) in die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eingebracht.

Daraufhin wurde aus der Politik der Wunsch an die Verwaltung und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik herangetragen, dass den Fraktionen und Gruppen die Möglichkeit gegeben werden soll, über die ergänzenden Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu beraten,

bevor die Vorlage 0990/2016 dem Finanzausschuss und dem Rat zur Beratung vorgelegt wird.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst daher folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die Verwaltung, die Beschlussvorlage vor der Beratung im Finanzausschuss am 19.09.2016 und im Rat am 22.09.2016 von der Tagesordnung zu nehmen, um den politischen Gremien die Möglichkeit zu geben, die ergänzenden Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vor der Beschlussfassung des 2. Folgerichtes des Handlungskonzeptes zur Kölner Behindertenpolitik zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8.1.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt ohne weitere Diskussion wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die nachfolgenden Gremien, die ergänzenden Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8.2 Städtebauliche Entwicklung Deutzer Hafen
hier: Antrag der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen**

Frau Röttger-Schulz weist darauf hin, dass der Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen bereits mit der Einladung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik veröffentlicht wurde. Sie bittet das Gremium den Antrag zu beschließen. Bei der Bürgerbeteiligung zum Städtebaulichen Projekt wurden die Vorgaben der Barrierefreiheit berücksichtigt. Die Erfahrungen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen haben aber gezeigt, dass bei den Planungen nicht immer die Vorgaben zur Barrierefreiheit berücksichtigt werden.

Das Fachamt weist auf die öffentliche Abschlusspräsentation am Freitag, 23.09.2016 und Samstag, 24.09.2016 in der Essigfabrik Köln Deutz hin (Link zur Einladung: <http://www.deutzer-hafen.info/wp-content/uploads/2016/09/DHK->

[Abschlusspraesentation_05.pdf](#)). Weitere Informationen hierzu sind zu finden unter: www.stadt-koeln.de/deutzer-hafen

Herr Dr. Bell berichtet über das Verfahren zur Vorprüfung, die am 13.09.2016 stattfinden wird. Der Vertreter des Bauaufsichtsamtes hat zugesagt, auch die Argumente des Behindertenbeauftragten mit in das Vorprüfungsverfahren einzubringen.

Herr Intveen stellt fest, dass es sehr positiv aufgefallen ist, dass die Einbindung der Behindertenverbände bei diesem Projekt und das Projekt Parkstadt Süd bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt stattgefunden hat. Diese beiden Projekte können zum gegenwärtigen Zeitpunkt als positives Beispiel für die Umsetzung der Inklusion dienen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet das zuständige Fachamt, die Stellungnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik dem Begleitgremium zur städtebaulichen Entwicklung Deutzer Hafen (Anlage) zur nächsten Sitzung am 23.09.2016 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.3 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln (Entwurf) 1614/2016

Herr Dr. Bell informiert die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dass vereinbart worden ist, dass das Fachamt den Entwurf des Nahverkehrsplans in der heutigen Sitzung nicht vorstellt, sondern dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hierzu eine Sondersitzung macht. Die Terminabstimmung für diese Sondersitzung erfolgt, wenn das Verfahren zum Nahverkehrsplan etwas weiter gediehen ist. Die Einbringung der heute vorliegenden Vorlage ist erfolgt, damit mit dem Beteiligungsverfahren begonnen werden kann. Den Beteiligten ist bereits ein Protokoll über die Vorbereitungen zugestellt worden. Die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen haben bereits zu einigen Punkten Diskussions- und Änderungsbedarf angemeldet.

Herr Intveen bestätigt dies. Im Entwurf des Nahverkehrsplans werden die Hochflorbahnen als barrierefrei bezeichnet. Dies trifft aus Sicht der Vertreter*innen der Behindertenverbände nicht zu. Denn der Höhenunterschied zwischen dem Bahnsteig und den Bahnen ist häufig größer als 5 cm. Frau Röttger-Schulz beschreibt, dass bei Menschenandrang vor den Einstiegen der Bahnen für die Rollstuhlfahrer nicht mehr ersichtlich ist, wo sie barrierefrei einsteigen könnten. In der Regel muss dann mit fremder Hilfe der Rollstuhl „angekippt“ werden, damit der Rollstuhlfahrer*innen den Abstand überwinden können. Für die Rollstuhlfahrer*innen ist der Einstieg somit nur bedingt selbstständig möglich, dabei durch das Ankippen und das unsanfte Auftreffen in der Bahn beschwerlich und somit nicht barrierefrei.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst im Anschluss daran folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt den nachfolgenden Gremien wie folgt zu beschließen:

- 1.) “ Der Verkehrsausschuss nimmt den Entwurf des 3. Nahverkehrsplans der Stadt Köln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die gemäß § 9 ÖPNVG NRW notwendigen Abstimmungen mit dem Nahverkehr Rheinland (NVR), den benachbarten Aufgabenträgern und vorhandenen Verkehrsunternehmen vorzunehmen.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, den Nahverkehrsplanentwurf nach erfolgter regionaler Beteiligung den Fachausschüssen und Bezirksvertretungen zur Beratung und dem Rat der Stadt Köln zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.4 Rotes Haus

8.4.1 Rotes Haus hier: Antrag der Behindertenorganisationen und-selbsthilfegruppen

Der Vertreter der Gebäudewirtschaft, Herr Lersmacher, berichtet, dass in der ursprünglichen Planung zum Roten Haus am Alter Markt eine direkte Aufzugverbindung von der Ebene der Haltestelle Rathaus der Nord-Süd-Stadtbahn Köln, 1. Baustufe bis zur Höhe Rathausvorplatz vorgesehen war. Der Weg zwischen dem Aufzug bis zum Rathausvorplatz sollte dabei durch das Rote Haus durch eine sogenannte Passerelle² gehen. Die Polizei hat aufgrund der Vorkommnisse zur Silvester-Nacht in Köln erneut erhebliche Sicherheitsbedenken angemeldet und sieht in der Passerelle weiterhin einen Angstraum. Die Oberbürgermeisterin legt Wert darauf, dass die Verbindung zwischen der Ebene Alter Markt und Rathausvorplatz für alle Menschen sicher gestaltet wird. Als Alternative wäre ein Weg durch das Historische Rathaus vorstellbar. Der Investor des Roten Hauses hat dementsprechend einen geänderten Planungsentwurf vorgelegt. Herr Lersmacher kündigt für die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eine Verwaltungsvorlage an.

Herr Dr. Bell berichtet, dass ihm das zuständige Fachamt diese Planungsunterlagen mit der Bitte zur Verfügung gestellt hatte, sie den Behindertenverbänden zu erläutern. Der Arbeitskreis Barrierefreies Köln wurde dementsprechend am 30.08.2016 von Herrn Dr. Bell informiert. Die Behindertenverbände melden erhebliche Bedenken an. Daher haben die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen einen Antrag vorbereitet, der zusammen mit der Einladung zur heutigen Sitzung veröffentlicht wurde (Anlage) und von Herrn Intveen vorgestellt und begründet wird.

Herr Waddey betont, dass für ihn alle anderen Lösungen als ein direkter Aufzugsweg von der Stadtbahnebene auf den Rathausvorplatz nicht vorstellbar und praktikabel seien. Daher sollte die Planung darauf abgestimmt sein.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst folgenden Beschluss:

² Passerelle, französisch: kleiner Übergang oder Steg.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, den vorliegenden Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in die Planungen miteinzubeziehen und die Forderungen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen umzusetzen:

Die Behindertenorganisationen fordern die Umsetzung der Verlegung des im Rahmen der Maßnahme Nord-Süd-Stadtbahn zu erstellenden Aufzugs in das Rote Haus gemäß vorangegangener Ratsbeschlüsse (u.a. vom 14.02.2006). Damit wird eine barrierefreie Zugänglichkeit vom Bahnsteig auf das Niveau des Rathausvorplatzes sichergestellt. Geeignete Maßnahmen zur Herstellung einer sicheren Nutzung sind zu ergreifen.

Sollten Alternativen zur Verlegung des Aufzugs in das Rote Haus realisiert werden, müssen diese in gleichem Umfang die barrierefreie Zugänglichkeit der Haltestelle Rathaus vom und zum Niveau des Rathausvorplatzes sicherstellen. Nach bestehenden Vereinbarungen handelt es sich um die Zeiten von Montag bis Sonntag von 6 bis 24 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.5 Neuorganisation der Tagesordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Dr. Bell berichtet, dass in der Vergangenheit die vereinbarte maximale Sitzungsdauer von 2,5 Stunden nur dadurch eingehalten werden konnten, dass wiederholt auf vertiefte Diskussionen verzichtet wurde. Gerade aber zu dem Bereich Beschlüsse, Anfragen und Anträge sind Aussprachen und Diskussionen gewünscht und erforderlich. Daher wurde von allen Beteiligten nach Lösungen gesucht. Nach intensiver Beratung wurde die Umstellung der Tagesordnung als mögliche Lösung erwogen. Diese soll nun ab der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik getestet werden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst daher folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, dass die Tagesordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ab der nächsten Sitzung wie folgt geändert wird:

- TOP 1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Gespräche und Vorträge:
Der Umfang des TOPs wird auf maximal 45 Minuten für Vorträge und Diskussion begrenzt.
- TOP 3 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen
- TOP 4 Anfragen
- TOP 5 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- TOP 6 Bericht des Behindertenbeauftragten
- TOP 7 Diversity

- TOP 8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates
- TOP 9 Berichte aus den Ausschüssen des Rates
- TOP 10 Verschiedenes

Die Dauer der Sitzung soll 2,5 Stunden möglichst nicht überschreiten. Um dies zu erreichen, werden die schriftlichen Mitteilungen, wenn die Sitzungszeit überschritten ist, ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Mündliche Mitteilungen werden auf die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.6 Erhöhung der Mobilitätshilfe 2466/2016

Herr Woltmann stellt sich als neuer Abteilungsleiter für den Bereich Senioren und Behinderte im Amt für Soziales und Senioren vor. Dass sein Bereich nun die Vorlage zur Erhöhung der Mobilitätshilfe vorlegen kann, betrachtet er als gutes Omen für eine gute Zusammenarbeit. Über die Erhöhung der Mobilitätshilfe wurde bereits länger diskutiert und es wurde vereinbart, dass über eine Erweiterung des Personenkreises nochmals diskutiert werden sollte. Dazu ist es bis dato nicht gekommen, so dass er nun anbietet, entsprechend des Zusatzantrages der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen das Gespräch aufzunehmen. In diesem Gespräch sollten die Bedarfe definiert werden. Danach sollte geprüft werden, wie diese Bedarfe den gesetzlichen Vorgaben entsprechend umgesetzt werden könnten. Im dritten Schritt muss die Finanzierung geprüft und sichergestellt werden. Die Entscheidung über die Umsetzung müssen dann die zuständigen politischen Gremien und die Verwaltungsspitze treffen.

Herr Intveen weist darauf hin, dass für die Ablehnung der Erweiterung des Personenkreises von falschen Annahmen ausgegangen wurde. Die Verwaltung ist davon ausgegangen, dass die Menschen mit Orientierungsschwierigkeiten immer eine Begleitperson benötigen würden. Tatsächlich ist es so, dass diese Menschen für die Taxifahrten selbst keine Begleitung benötigen. Sie müssen lediglich zum Taxi gebracht und am Ankunftsort in Empfang genommen werden, da sie den Weg selbst nicht kennen. Das Gesprächsangebot der Verwaltung wird von Seiten der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen gerne angenommen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst daher folgenden, den Ergänzungsantrag umfassenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt den nachfolgenden Gremien wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Mobilitätshilfe, eine Leistung gemäß §§ 53, 54 SGB XII für Menschen mit Behinderungen und einem aG im Schwerbehindertenausweis, mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2016/2017 wie folgt zu erhöhen:

- Anhebung der monatlichen Pauschale von 30 € auf 35 €

- Anhebung des monatlichen Budgets für Taxifahrten von 150 € auf 200 €
- Anhebung des monatlichen Budgets für Spezialfahrzeuge von 200 € auf 250 €

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Erweiterung der Mobilitätshilfe um den Personenkreis der Menschen mit geistiger Behinderung mit Orientierungsschwierigkeiten erneut zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.7 Sanierung Brücken; Beschlussempfehlung TOP 8.4 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.03.2016 1752/2016

Herr Dr. Bell weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung ein Gesprächsangebot zur Abstimmung der Gestaltung der Oberfläche der Geh- und Radwegebereiche enthält. Da die Sanierung der Mühlheimer Brücke durch die aktuellen Ereignisse um etwa ein Jahr verschoben wird, bleibt dafür ausreichend Zeit um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fasst daher folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt den nachfolgenden Gremien wie folgt zu beschließen:

„Der Verkehrsausschuss beschließt den Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Grundsatz zu folgen und beauftragt somit die Verwaltung mit der Überarbeitung der Planung „Sanierung Brücken – hier: Mühlheimer Brücke“ und der Optimierung der Barrierefreiheit mit dem Ziel einer maximalen Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer.

Es ist zu prüfen, wie durch ein Leitsystem eine sichere taktile und kontrastreiche Führung von Menschen mit Sehbehinderung gewährleistet wird, und ob gleichzeitig durch Einrichtung von gemeinsamen Geh- und Radwegen diese in beiden Richtungen von Radfahrern genutzt werden können.

Dazu wird die Verwaltung beauftragt mit den Behindertenverbänden abzustimmen, ob beispielsweise ein taktiler und kontrastreicher Leitstreifen (zum Beispiel Markierung) entlang des Brückengeländers aufgebracht werden könnte, so dass zumindest eine Zonierung für die Nutzer der Brücke entstehen würde.

Die Lösungsvorschläge sind den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Hierzu liegen keine Wortbeiträge vor.

10 Verschiedenes

Herr Intveen stellt dar, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die darüber benannten sachkundigen Einwohner und Einwohnerinnen gerne mit den Fraktionen und Gruppen u.a. zu den ergänzenden Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ins Gespräch kommen möchten. Mit einer Fraktion habe bereits ein Gespräch stattgefunden. Er bittet die übrigen Fraktionen, nun ebenfalls einen Gesprächstermin vorzuschlagen.

Auf die Frage von Frau Röttger-Schulz, ob das Schreiben der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen hierzu beiden Fraktionen und Gruppen vorliege, bejahen dies alle Vertreter*innen der Fraktionen.

Herr Dr. Bell weist auf die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am Montag, 14.11.2016, 14.00 – 16.30 Uhr hin. Das Schwerpunktthema wird, wie in der Sitzung am 06.06.2016 vereinbart, das Thema „Gesundheit“ sein. Wie vereinbart wird die Arbeitsgruppe das Schwerpunktthema vorbereiten.

Gez. Dr. Harald Rau
(Vorsitzender / Beigeordneter)

gez. Angela Edith Thiemann
(Geschäftsführung / Schriftführerin)

Anlage